

Kiel, 26.08.2004

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 18 – Beauftragte(r) für demokratische Entwicklung und Minderheitenangelegenheiten im Ostseeraum

Rolf Fischer:

Ein Signal für eine offensive Minderheitenpolitik

Lassen Sie mich einige Gründe für diesen Antrag gleich zu Beginn nennen: Wenn ein Bürger in einem Staat an der Ostsee sich sorgt, weil Gesetze und Wirklichkeit zu sehr auseinander fallen, wenn NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) in ihren Ländern nicht die Möglichkeit bekommen, politisch mitzuarbeiten, wenn die Staaten selbst neue Wege der Kooperation suchen, dann ist es die Aufgabe der Politik, sich um diese Probleme zu kümmern, Lösungen zu suchen und auch zu finden.

Der vorliegende Prüfauftrag an die Ostseeparlamentarierkonferenz ist ein solcher Vorschlag, der an einem konkreten Punkt ansetzt: Mit der Erweiterung der EU ist es auch im Ostseeraum zu einem qualitativen Sprung gekommen, der uns vor neue Herausforderungen stellt, aber eben auch neue Chancen bietet. Aus Partnern sind Mitglieder geworden, die ein zentrales Interesse verbindet; wir wollen die Ostseeregion zu einer Region der Demokratie und der Stabilität ausbauen.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, bedarf es in allen Ländern neuer Anstrengungen, die Zivil- oder Bürgergesellschaften demokratisch weiter zu entwickeln. Das ist leicht gesagt und schwer getan; für die traditionellen Demokratien rund um die Ostsee bedarf es des Willens, ihre Gesellschaften zu reformieren, für die neuen Staaten be-

darf es der Einsicht, demokratische Strukturen nicht nur aufzubauen, sondern sie auch fest zu verankern.

Diesen Prozess anzustoßen, ihn zu moderieren und ihn zu lenken: Das ist die ureigenste Aufgabe der Parlamente. Deshalb richtet sich dieser Antrag an die Parlamentarier im Ostseeraum, getragen durch den Wunsch, dies auch als Stärkung der Parlamente zu verstehen.

Wir haben mit der Funktion des oder der Beauftragten bewusst an eine Tradition angeknüpft, die von den nordischen Mitgliedern akzeptiert wird: Die Arbeit von Ombudsmännern ist fester Bestandteil der Politik in vielen nordischen Staaten; sie sind anerkannt und durchaus einflussreich.

Deshalb erscheint es zum heutigen Zeitpunkt nur folgerichtig, nicht auf eine neue bürokratische Ebene oder auf einen Ausschuss zu setzen, sondern eine Person mit diesem Amt zu beauftragen. Sie soll in der Parlamentarierkonferenz berichten, kann Motor für die zivilgesellschaftliche Entwicklung sein und Ansprechpartner für die Menschen. Die Arbeit von Frau Helle Degn als ehem. Beauftragte des Ostseerates für Demokratieentwicklung belegt die Notwendigkeit eindrucksvoll. Ich erinnere an ihre bei unserem Kieler Woche Gespräch gehaltene, sehr eindrucksvolle Rede hier im Landtag.

Der Ostseerat selbst bearbeitet diese Fragen in einem Ausschuss; hat sie also fest integriert. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Parlamente in dieser Frage nachziehen. Begeben wir uns doch selbstbewusst auf gleiche Augenhöhe mit den Regierungen! Unser Antrag gibt die Chance dazu!

Auf allen Ostseeparlamentarier-Konferenzen haben Aspekte der Demokratieentwicklung und auch der Minderheitenpolitik indirekt oder direkt eine Rolle gespielt. Mit die-

sem Prüfauftrag besteht die Chance auf eine konkrete Umsetzung. Diese Chance sollten wir nicht vorbeiziehen lassen.

Ein weiterer Punkt: Ein Demokratie-Beauftragter wäre auch Ansprechpartner für Brüssel; denn die Frage der Demokratieentwicklung und der Minderheiten ist eine europäische Frage – und zwar von besonderer Bedeutung. Für die Stärkung der europäischen Identität ist es von größter Wichtigkeit, dass sich die Menschen mit ihrem Europa identifizieren – dazu gehört, dass sie sich ohne Ängste für ihre Volksgruppe, ihre nationale Minderheit entscheiden können.

Die Schaffung eines solchen Ansprechpartners wäre also auch ein europäisches Signal ersten Ranges für eine offensive Minderheitenpolitik! Und es gefällt mir, wenn diese Initiative von Schleswig-Holstein ausgeht und dann von der Ostseeregion unterstützt würde. Ich betone diesen Brüssel-Bezug deshalb besonders; weil eines der Beitrittskriterien für die neuen EU-Mitglieder eine demokratische Minderheitenpolitik war. Mit dem Beitritt ist der Anspruch nun nicht erledigt, sondern in manchen Ländern steht gerade die Minderheitenpolitik erst am Anfang. Deshalb ist es nur konsequent, wenn ein solcher Beauftragter sich um diese Fragen kümmern kann. Und da Fragen der Minderheitenpolitik auch immer die jeweiligen Mehrheiten berühren, ist ein parlamentarischer Ansprechpartner genau richtig.

Welchen Status dieser Beauftragte erhält, ob er z.B. ehrenamtlich wirkt oder einer Institution angegliedert wird – das ist noch offen und für uns heute auch nicht entscheidend. Wichtig ist das Signal, wichtig ist, dass es von Schleswig-Holstein ausgeht, wichtig ist, dass wir auch für die Zukunft den Mut haben, mehr Demokratie zu wagen.